

N i e d e r s c h r i f t

R A T / V I I / 3 6

Niederschrift über die Sitzung des Rates der Gemeinde Rosendahl am 18.06.2008 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

Anwesend waren:

Der Bürgermeister

Niehues, Franz-Josef

Die Ratsmitglieder

Barenbrügge, Theodor
Branse, Martin
Everding, Clara
Fedder, Ralf
Fliß, Thomas
Haßler, Christa
Henken, Theodor
Isfort, Mechthild
Kuhl, Horst
Löchtefeld, Klaus
Mensing, Hartwig
Neumann, Michael
Niehues, Hubert
Reints, Hermann
Riermann, Günter
Rottmann, Josef
Schenk, Klaus
Schröer, Martin
Schulze Baek, Franz-Josef

anwesend bis einschl. TOP
3 ö.S.

Söller, Hubert
Steindorf, Ralf
Tendahl, Ludgerus
Wünnemann, Werner

Von der Verwaltung

Gottheil, Erich	Allgemeiner Vertreter
Isfort, Werner	Kämmerer
Roters, Dorothea	Schriftführerin

Als vortragende Gäste zu TOP 2 ö.S.

Groß-Holtick, Ralf	Bürgermeister der Gemein- de Velen Ramsdorf
Mensing, Alois	Sprecher Stadtmarketing Velen Ramsdorf

Es fehlten entschuldigt:

Die Ratsmitglieder

Hemker, Leo
Newman, Claudia
Weber, Winfried

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Ende der Sitzung: 23:35 Uhr

Tagesordnung

Bürgermeister Niehues begrüßte zunächst die Ratsmitglieder, die zahlreich erschienenen Zuhörer sowie den Vertreter der Presse, Herrn Wittenberg.

Im Besonderen begrüßte er als vortragende Gäste den Bürgermeister der Gemeinde Velen-Ramsdorf, Herrn Ralf Groß-Holtick sowie den Sprecher von Stadtmarketing Velen-Ramsdorf, Herrn Alois Mensing. Sie seien seiner Bitte nachgekommen, im Rahmen der Ratssitzung das Velener Gemeindeentwicklungskonzept bzw. Stadtmarketingprogramm vorzustellen. Aus diesem Grund habe er auch die Vertreter der Rosendahler Vereine und Verbände zu dieser Sitzung eingeladen.

Er stellte fest, dass mit Einladung vom 09. Juni 2008 form- und fristgerecht geladen wurde und dass der Rat beschlussfähig sei. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

1 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ratssitzungen

Allgemeiner Vertreter Gottheil berichtete über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung des Rates gefassten Beschlüsse. Der Bericht wurde ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

2 Erstellung eines Gemeindeentwicklungskonzeptes für die Gemeinde Rosendahl hier: Erfahrungsbericht der Gemeinde Velen Vorlage: VII/692

Bürgermeister Niehues erläuterte kurz die entsprechende Sitzungsvorlage und verwies auf den zugrundeliegenden Antrag der CDU-Fraktion vom 29.11.2007.

Anschließend übergab er das Wort an die Gäste aus Velen-Ramsdorf, Herrn Bürgermeister Groß-Holtick und Herrn Mensing von Stadtmarketing Velen-Ramsdorf.

Bürgermeister Groß-Holtick und Herr Mensing erläuterten anhand einer Präsentation ausführlich den Stadtmarketingprozess in der Gemeinde Velen-Ramsdorf. Dabei stellten sie gleichzeitig einige Velener und Ramsdorfer Spezialitäten vor, die aus dem Stadtmarketingprozess hervorgegangen seien. Die Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage I** beigelegt.

Anschließend standen sie für weitere Fragen zur Verfügung.

Ratsmitglied Neumann erkundigte sich, ob die Nachhaltigkeit der Maßnahmen beispielsweise anhand einer erneuten Fragebogenaktion gemessen worden sei.

Herr Mensing erläuterte, dass ein deutlicher Anstieg der Gästezahlen ablesbar sei und verwies zudem auf den zur Verfügung gestellten Medienspiegel, der den Erfolg des Projektes abbilde.

Bürgermeister Groß-Holtick ergänzte, dass das ausgeweitete Angebot an Aktivitä-

ten insbesondere zu einem Anstieg der Tagesbesucher-Zahlen geführt habe. Von diesem Anstieg würden hauptsächlich der Handel und die Gastronomie profitieren. Die Identifikation der Bürger mit ihrem Ort und der Wohlbefindlichkeitsfaktor hätten stetig zugenommen. Nicht messbar, aber auch nicht zu unterschätzen sei der Prozess als Instrument zur Aufwertung von Velen-Ramsdorf als Gewerbestandort.

Ratsmitglied Haßler fragte nach, ob sich neue Gewerbebetriebe angesiedelt hätten und die Zahl der Leerstände von Geschäften abgenommen hätte.

Bürgermeister Groß-Holtick bestätigte dieses, da Stadtmarketing ein wichtiger weicher Standortfaktor sei. Statt sechs leerstehender Geschäfte sei zurzeit nur noch ein Leerstand zu verzeichnen.

Ratsmitglied Everding fragte nach, ob es in Velen-Ramsdorf eine spezielle Familienförderung bei der Vergabe von Baugrundstücken gäbe und erkundigte sich nach der finanziellen Lage der Gemeinde.

Bürgermeister Groß-Holtick erläuterte kurz die familienfreundliche Vermarktung der gemeindlichen Baugrundstücke und die gute Finanzlage seiner Gemeinde mit rund 200.000 € Restschulden und Rücklagen in Höhe von ca. 10 Millionen Euro.

Ratsmitglied Mensing erkundigte sich, wer zu Beginn des Prozesses angesprochen worden sei und wie die Koordination des Prozesses vonstatten gegangen sei.

Bürgermeister Groß-Holtick erläuterte, dass es zur Auftaktveranstaltung eine breite Einladung gegeben hätte. Die daraus entstandene Gruppe hätte sich im Laufe der Entwicklung immer mehr vergrößert. Insgesamt seien 100-120 Personen in den Prozess eingebunden. Themen und Projekte würden an diejenigen Personen federführend übergeben, die diese vorgeschlagen hätten. Sie würden dann von weiteren Personen – innerhalb und außerhalb der Verwaltung – unterstützt. Es gäbe keine festen Arbeitskreise, sondern nur projektbezogene vorübergehend gebildete Arbeitskreise. Bei den Besprechungen der Versammlung seien 2-3 Vertreter der Verwaltung anwesend, es gäbe eine Tagesordnung und ein Protokoll über die Besprechungen.

Insbesondere wies er aber auch darauf hin, dass am Anfang des Prozesses eine fachliche Unterstützung unabdingbar gewesen sei. In Velen sei das Büro Teulings aus Gelsenkirchen mit dieser Aufgabe betraut worden.

Um das bürgerschaftliche Engagement erhalten zu können, sei es allerdings von besonderer Bedeutung, dass der Prozess nicht politisiert werde. Die Ideen, Anregungen und Projekte müssten von der Bürgerschaft getragen werden und dürften nicht von der Politik vereinnahmt werden.

Ratsmitglied Fliß fragte nach, in welchem finanziellen Umfang die Gemeinde Velen-Ramsdorf in diesen Prozess investiert hätte.

Bürgermeister Groß-Holtick erläuterte den schwankenden Finanzbedarf innerhalb des Prozesses. In der ersten Phase seien 30.000 € aus Fördermitteln geflossen, die Gemeinde hätte sich mit 10.000 € beteiligt und seitens der Verkehrsvereine und Werberinge seien ebenfalls 10.000 € aufgebracht worden. In der zweiten Phase hätten öffentliche Fördermittel nicht zur Verfügung gestanden, aber die Gemeinde und die Vereine hätten jeweils 10.000 € in den Prozess investiert. In der dritten Phase konnte wieder auf öffentliche Förderung in Höhe von 30.000 € zurückgegriffen werden, wobei sich die Gemeinde und die Vereine erneut wieder mit je 10.000 € beteiligt hätten. Desweiteren erläuterte er die entstandenen Kosten für eine Fremdenverkehrsfachkraft und die Teilnahme an der „Grünen Woche“ in Berlin sowie weiterer Aktivitäten und stellte die finanziellen Zuschüsse diesen Ausgaben gegenüber. Insbesondere wies er auf das enorme Potenzial der ehrenamtlichen Tätigkeit

hin.

Ratsmitglied Wünnemann wies auf die besondere Situation der Gemeinde Rosendahl mit ihrer Dreipoligkeit und der schlechten Haushaltslage hin. Er regte an, im Rahmen der Einladung zur Vorstellung des Rosendahler Veranstaltungskalenders 2009 ggf. alle Vereine auf den anstehenden Gemeindeentwicklungsprozess hinzuweisen.

Bürgermeister Niehues schloss die Diskussion mit dem Hinweis ab, dass zahlreiche Anregungen gegeben worden seien, die nun in den Beratungen der Fraktionen aufgegriffen werden könnten. Gegebenenfalls könne man im Rahmen eines interfraktionellen Gesprächs die weitere Vorgehensweise abstimmen. Auch sei zu überlegen, in wieweit der LEADER-Prozess, der nach der Sommerpause mit der Bildung von Arbeitskreisen in Gang gesetzt werden soll, genutzt werden könne, um einen Gemeindeentwicklungsprozess anzustoßen.

Abschließend dankte er den Referenten für ihre ausführlichen und hilfreichen Erläuterungen und verabschiedete sie.

3 2. Änderungssatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Gemeinde Rosendahl
hier: Einführung der Papiertonne (grundstücksbezogene Sammlung)
Vorlage: VII/675/1

Bürgermeister Niehues verwies auf die zur Einführung einer Papiertonne in Rosendahl angefertigte Ergänzungsvorlage.

Die Fa. Remondis habe heute mitgeteilt, dass zwischenzeitlich die Verteilung der Papiertonnen im Ortsteil Osterwick abgeschlossen worden sei; hier sei die blaue Tonne zu 83 % angenommen worden. In den Ortsteilen Darfeld und Holtwick würden die Außenbereiche in den nächsten Tagen noch mit den blauen Tonnen versorgt. Dort sei ein ähnliches Ergebnis von 80 bis 85 % zu erwarten.

Fraktionsvorsitzender Mensing stellte für die WIR-Fraktion den Antrag, vorübergehend die Öffentlichkeit auszuschließen, da er zu diesem Tagesordnungspunkt spezielle Fragen hätte, die nur in nichtöffentlicher Sitzung beantwortet werden könnten, für die Entscheidung aber von besonderer Bedeutung seien.

Fraktionsvorsitzender Steindorf erklärte, dass er dem Antrag zwar zustimmen könne, es ihm aber wichtig sei, den Eindruck zu vermeiden, dass hinter verschlossenen Türen „gemauschelt“ werde.

Bürgermeister Niehues ließ über den Antrag der WIR-Fraktion auf vorübergehenden Ausschluss der Öffentlichkeit **abstimmen**.

Der **Antrag** wurde einstimmig **angenommen**.

Zur nichtöffentlichen Beratung wurde die Öffentlichkeit von 20.50 Uhr bis 21.05 Uhr ausgeschlossen. Der Verlauf der Diskussion ist im nichtöffentlichen Teil der Niederschrift wiedergegeben.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit der Sitzung erläuterte Kämmerer Isfort ausführlich die in der Ergänzungsvorlage dargestellten Modellrechnungen.

Ratsmitglied Schröer erklärte, dass er sich eine weitere Variante vorstellen könne, nämlich eine Verknüpfung der gewerblichen blauen Tonnen mit einer karitativen Sammlung. Er habe entsprechende Berechnungen angestellt, die er den Ratsmitgliedern in der Sitzung in Kopie zur Verfügung stellte. Für dieses System sei allerdings die Mitwirkung der Bevölkerung ausgesprochen wichtig.

Kämmerer Isfort wies darauf hin, dass es schwerfalle, die Wahrscheinlichkeit, welche Situation möglicherweise eintreffen könne, zu bewerten.

Fraktionsvorsitzender Branse fand die Ausführungen von Ratsmitglied Schröer überzeugend, betonte jedoch erneut, dass für eine Entscheidung die Kenntnis über die Höhe der Quersubventionierung ausschlaggebend sei.

Ratsmitglied Reints erklärte, dass seiner Ansicht nach die vorgestellten Modellberechnungen an der Realität vorbeigingen, da der Inhalt der Verträge zwischen dem Kreis Coesfeld und den Wirtschaftsbetrieben des Kreises Coesfeld (WBC) nicht bekannt sei. Ein gut funktionierendes System würde mit der Einführung der kommunalen blauen Tonne aufgegeben. Allerdings halte er zwei parallele Systeme, wie von Ratsmitglied Schröer vorgeschlagen, für nicht funktionstüchtig. Er werde für die Einführung der kommunalen blauen Tonne stimmen, halte es dann aber für sehr wichtig, die Kolpingsfamilie angesichts des entstehenden Defizits in besonderem Maße zu unterstützen.

Fraktionsvorsitzender Steindorf wies darauf hin, dass die Gemeinde Rosendahl aufgrund der neuen Gesetzeslage zum Handeln gezwungen sei. Das alte System werde nicht abgeschafft, da es zum jetzigen Zeitpunkt schon nicht mehr existent sei. Seitens der Fa. Remondis hätte man angesichts der Liberalisierung des Marktes schnell handeln müssen, habe aber auch gleichzeitig angeboten, auf Wunsch auf ein kommunales System umzusteigen. Außerdem würden die karitativen Sammler, die Kolpingsfamilien bzw. Messdiener, für die finanziellen Ausfälle des laufenden Jahres von der Fa. Remondis entschädigt. Für das nächste Jahr müsse sich der Rat Gedanken machen, wie mit den finanziellen Ausfällen umgegangen werden könne. Derzeit habe der Rat keine andere Möglichkeit, als für die Einführung der kommunalen blauen Tonne zu stimmen, zumal dann auch mit einem erhöhten Sammlungsaufkommen zu rechnen sei und die Papiercontainer aufgegeben werden könnten.

Fraktionsvorsitzender Branse widersprach dieser Einschätzung. Die Gemeinde werde bei der Einführung der kommunalen blauen Tonne die Bürger per Satzungserlass zwingen, diese zu nutzen. Außerdem fielen bei einer kommunalen Tonne auch die Transportkosten für die Gemeinde an, die hingegen im Falle einer gewerblichen Tonne von der Fa. Remondis erwirtschaftet werden müssten. Er könne daher die Notwendigkeit zur Einführung einer kommunalen blauen Tonne nicht erkennen.

Ratsmitglied Kuhl unterstrich die Stellungnahme des Fraktionsvorsitzenden Steindorf. Auch er unterstütze die Einführung der kommunalen blauen Tonne. Der Rat müsse sich allerdings Gedanken machen, wie der finanzielle Verlust der Kolpingsfamilien aufgefangen werden könne.

Fraktionsvorsitzender Mensing erklärte erneut, dass er gerne die genauen Zahlen aus dem Vertrag zwischen den WBC und der Fa. Remondis kennen würde. Die Tatsache, dass über 80 % der Tonnen angenommen worden seien, bedeute nicht, dass diese auch genutzt würden. Eine Unterstützung der karitativen Sammlungen und damit der ehrenamtlichen Tätigkeit durch die Bevölkerung wären gut für die Gemeinschaft.

Ratsmitglied Schulze Baek wies darauf hin, dass die Zahlen eigentlich für sich sprächen. Zum jetzigen Zeitpunkt hätte die Gemeinde Rosendahl noch die Chance, die gewerbliche blaue Tonne zu einer gemeindlichen Tonne zu machen. Einen anderen Weg sähe er nicht.

Ratsmitglied Schröer erklärte, dass er angesichts der geführten Diskussion nunmehr zum Schluss käme, dass eine Kombination aus gewerblicher blauer Tonne und karitativer Sammlung für die Gemeinde teurer würde als die Einführung einer kommunalen blauen Tonnen. Da er aber die genauen Zahlen nicht kenne, könne er auch die Auswirkungen einer Entscheidung nicht abschätzen. Er sähe sich daher nicht in der Lage, hierüber zu entscheiden.

Kämmerer Isfort erklärte, dass es nicht allein auf das Sammelverhalten der Bevölkerung in der Gemeinde Rosendahl ankäme, sondern das Sammelergebnis aller Kommunen für die Gebührenermittlung zugrunde gelegt werde. Aus diesem Grund könne man auch die möglichen Auswirkungen nicht mit detailliertem Zahlenmaterial belegen. Ansonsten seien eindeutige Modellberechnungen erstellt worden, die andeuteten, in welche Richtung die möglichen Entscheidungen gingen.

Ratsmitglied Neumann erklärte, dass er davon ausginge, dass auf Dauer die Bequemlichkeit siegen werde. Eine Beibehaltung der karitativen Sammlungen sei daher langfristig unrealistisch. Er stellte nochmals das besondere ehrenamtliche Engagement des Kolpingsfamilie heraus.

Fraktionsvorsitzender Branse regte an, dass es der Kolpingsfamilie unbenommen bliebe, das gesammelte Papier zu einem höheren Preis auf dem freien Markt anzubieten, statt es beim Kreis Coesfeld abzuliefern.

Fraktionsvorsitzender Steindorf erklärte, dass es mittelfristig zu einem Ansteigen der Müllgebühren für Rest- und Biomüll kommen werde, falls die kommunale Papiertonne nicht eingeführt werde.

Ratsmitglied Henken regte an, die Bevölkerung darauf aufmerksam zu machen, dass die Papiercontainer aufgegeben würden und neben der kommunalen blauen Tonne nur noch eine Entsorgung am Wertstoffhof möglich sei.

Ratsmitglied Fliß schloss sich den Ausführungen von Fraktionsvorsitzendem Steindorf an.

Ratsmitglied Everding fragte nach, warum diese Angelegenheit nicht schon in der April-Sitzung des Rates beraten worden sei.

Bürgermeister Niehues erinnerte daran, dass er in der betreffenden Sitzung bereits auf die akute Problematik hingewiesen und die Beratung in der heutigen Ratssitzung angekündigt habe. In der April-Sitzung hätten aber noch keine konkreten Zahlen vorgelegen. Außerdem sei die nächste Sitzung des Ver- und Entsorgungsausschusses erst für den 29.05.2008 terminiert gewesen. Abschließend wies er darauf hin, dass in jenen Fällen, in denen die blaue Tonne abgelehnt worden sei, eine Nachorderung der Tonne nicht kostenpflichtig sei.

Abschließend fasste der Rat folgenden **Beschluss**:

1. Die flächendeckende Einführung einer Papiertonne für das gesamte Gemeindegebiet wird beschlossen.

grundsätzliche Zustimmung gegeben habe und somit diesem Folgeantrag folgerichtig auch entsprochen werden müsse.

Außerdem fragte sie nach, ob die zur Deckung der Mehrausgaben herangezogene Nachzahlung aus der Feinabstimmung des Fonds Deutscher Einheit auch für weitere Maßnahmen in der Zukunft zur Verfügung stünde.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass der Gemeinde Rosendahl für die Jahre 2006 und 2007 zusammen rund 280.000 € erstattet worden seien. Diese Summe sei hilfreich, um ggf. weitere unabweisbare außerordentliche Mehrausgaben zu decken.

Fraktionsvorsitzender Branse befürwortete den Antrag, da die Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements sehr wichtig sei.

Fraktionsvorsitzender Mensing kritisierte, dass seitens des Landes NRW die Antragsteller so lange im Ungewissen gehalten würden.

Anschließend fasste der Rat folgenden **Beschluss**:

Dem Antrag der Kolpingsfamilie Osterwick auf Übernahme einer Ausfallbürgschaft in Höhe von 12.600 € für die Durchführung des Trainingsraumprogramms an der Droste-Hülshoff-Hauptschule für das Jahr 2008 wird zugestimmt.

Einer durch Inanspruchnahme der Ausfallbürgschaft eintretenden überplanmäßigen Aufwendung und Auszahlung bei dem Produkt 13 / 03.002 – Hauptschule – wird gem. § 83 Abs. 2 GO NRW zugestimmt. Die dann notwendige Deckung erfolgt durch Mehrerträge bzw. Mehreinzahlungen aus der Feinabstimmung Fonds Deutscher Einheit (Nachzahlung 2006 und 2007) bei dem Produkt 16.001 – Allgemeine Finanzwirtschaft.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6 Mitteilungen

6.1 Ergänzungslieferung zur Ortsrechtssammlung

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass allen Rats- und Ausschussmitgliedern eine Ergänzungslieferung zur Aktualisierung der Ortsrechtssammlung vorläge.

6.2 Neuer Sitzungskalender 2008/2009

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass der neue Sitzungskalender von August 2008 bis Februar 2009 erstellt worden sei. Er erläuterte ausführlich den diesem Sitzungskalender zugrundeliegenden Zeitplan bezüglich der Beratungen hinsichtlich der zukünftigen Gas- und Stromversorgung und der möglichen Entwicklung der Rosendahler Droste-Hülshoff-Hauptschule in Kooperation mit der Gemeinde Legden

zu einer Verbundschule.

Fraktionsvorsitzender Mensing bat um eine Änderung der Sitzungsreihenfolge, um eine längere Beratungsphase vor der Entscheidung über die zukünftige Schulentwicklung zu ermöglichen.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass der Ablauf der Sitzungstermine eng mit der Gemeinde Legden abgestimmt worden und daher eine Veränderung nicht möglich sei. Wenn das Vorhaben einer Schulkooperation mit der Gemeinde Legden zum Schuljahr 2009/2010 umgesetzt werden solle, dann müsse ein straffer Zeitplan eingehalten werden.

Ratsmitglied Neumann fragte nach, ob dann nicht wenigstens die Studie, die in der geplanten Sitzung am 27.08.2008 vorgestellt werden solle, vorab dem Rat zu Kenntnis gegeben werden könne.

Bürgermeister Niehues erläuterte, dass seitens des Büros ausdrücklich der Wunsch geäußert worden sei, diese Studie persönlich vorzustellen, um entsprechende Erläuterungen geben zu können bzw. entstehende Fragen direkt beantworten zu können. Ohne entsprechende Kommentierung könne eine solche Studie ggf. zu Missverständnissen oder Fehlinterpretationen führen.

6.3 Ergebnis der Hundebestandsaufnahme

Bürgermeister Niehues teilte das Ergebnis der durchgeführten Hundebestandsaufnahme mit. Diese sei nunmehr abgeschlossen und hätte zu einem Zuwachs von 232 steuerpflichtigen Hunden geführt (insgesamt 1145), was eine Steigerungsrate von 25,41 % bedeute.

6.4 Übernahme von Patenschaften für "Kein Kind ohne Mahlzeit"

Bürgermeister Niehues gab die vorläufigen aktuellen Anmeldezahlen für die Offene Ganztagsgrundschule und „Schule von 8-1“ für den Ortsteil Osterwick bekannt. Insbesondere wies er darauf hin, dass es nicht wenige Fälle gäbe, in denen von den Familien der Kostenbeitrag für das Mittagessen trotz des Angebotes „Kein Kind ohne Mahlzeit“ aufgebracht werden könne. Er regte daher eine sog. Patenschaft an, die eine Übernahme des monatlich anfallenden Kostenbeitrags von 10 € für ein Jahr vorsähe. Interessenten könnten sich an die beteiligten Kolpingsfamilien wenden und erhielten im Falle der Übernahme einer Patenschaft hierüber auch eine Spendenbescheinigung.

6.5 Stellungnahme der Anlieger der Bahnbrücken in der Bauerschaft Höpingen in Darfeld

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass von den Anliegern der Bauerschaft Höpingen eine Stellungnahme zum gewünschten Umbau der dortigen Bahnbrücken und des dazu ergangenen Beschlusses des Haupt- und Finanzausschusses vorläge. Diese

Stellungnahme ist der Niederschrift als **Anlage II** beigefügt.

Das Schreiben sei als Anregung gemäß § 24 GO NW anzusehen, aber für die heutige Ratssitzung zu spät eingegangen, so dass es in der Einladung nicht mehr auf die Tagesordnung hätte gesetzt werden können. Da Herr Steindorf in der letzten Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses für die CDU-Fraktion beantragt habe, diesen Punkt in der nächsten Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses zu beraten, werde dieses Schreiben der Einladung zu dieser Sitzung beigefügt. Außerdem solle vor der genannten Sitzung eine Ortsbesichtigung an den betreffenden Bahnbrücken stattfinden, zu der Herr Sellmann als Vertreter der Landwirte eingeladen werde.

Diese Vorgehensweise fand die allgemeine Zustimmung des Rates.

6.6 Verkehrsrechtliche Angelegenheiten

Bürgermeister Niehues berichtete von einem Ortstermin mit dem Vertreter der Straßenverkehrsbehörde zu Beginn der Woche und stellte die Ergebnisse zu einigen verkehrsrechtlichen Anliegen vor.

In der Bauerschaft Höven werde auf der K 41 im Bereich der Schulbushaltestelle Hallekamp die seit langem gewünschte Tempo 70-Begrenzung eingerichtet, die sich auf die Zeit von 7.00 Uhr bis 16.00 beschränke.

Eine weitere Geschwindigkeitsbegrenzung auf 70 km/h werde wegen des erhöhten Fahrradfahreraufkommens auf der K 37 im Bereich der Querungen Laukötterweg – Jägerheide in Darfeld eingerichtet.

Die Jägerheide in Darfeld werde außerdem während der Bauphase des dort geplanten Radweges vorübergehend für den Durchgangsverkehr gesperrt. Im Übrigen werde eine Tempo-Begrenzung auf der gesamten Radwegebaustrecke für die Dauer der Baumaßnahme angeordnet.

Der Anregung von Ratsmitglied Mensing aus der letzten Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom 11.06.2008, in Holtwick im Bereich des geplanten Verbrauchermarktes eine verbesserte Querungshilfe an der B 474 / Handwerkerstraße einzurichten, konnte zunächst nicht gefolgt werden, da sowohl vor als auch hinter der Einmündung zur Handwerkerstraße ausreichend große Querungshilfen vorhanden seien. Es sollte die weitere Entwicklung abgewartet werden, bevor über ergänzende Maßnahmen entschieden werden könne. Dies gelte auch für die angeregte Verbesserung der Beleuchtung in diesem Bereich, die in der Zuständigkeit der Gemeinde liege.

6.7 Schaukelaufstellung am Spielplatz in der Ostsiedlung in Holtwick

Bürgermeister Niehues bezog sich auf eine Anfrage von Fraktionsvorsitzendem Mensing in der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses am 11.06.2008 und teilte mit, dass das Aufstellen der Schaukel am Spielplatz in der Ostsiedlung in Holtwick in Abstimmung mit dem Nachbarschaftsvorsitzenden für

Anfang Juli vorgesehen sei.

6.8 Gutachten zur Untersuchung der Abwässer der Kleinkläranlagen

Bürgermeister Niehues nahm Bezug auf eine Anfrage von Ratsmitglied Neumann in der Ratssitzung am 24.04.2008 hinsichtlich eines Gutachtens zur Untersuchung der Abwässer von Kleinkläranlagen.

Nach telefonischer Rücksprache mit Herrn Dr. Noll von der Firma OWL Umweltanalytik bestünde zwischen Klärschlamm aus sanierten und nicht sanierten Kleinkläranlagen kein Unterschied. Unterschiede gebe es lediglich bei der Reinigungsleistung der Kleinkläranlagen. Bei neuen Kleinkläranlagen werde durch die Belebungsstufe, d.h. durch die regelmäßige Zufuhr von Sauerstoff, das Abwasser wesentlich besser gereinigt als in den herkömmlichen 3-Kammer-Gruben. Weil Klärschlamm gleich Klärschlamm sei und beide Klärschlämme auf der Kläranlage den gleichen Prozess durchliefen, könne es bei den Abwassergebühren für die Entsorgung von Klärschlamm aus den Kleinkläranlagen auch keine Unterschiede geben.

6.9 Übernahme einer Auszubildenden nach erfolgreich bestandener Abschlussprüfung

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass die Auszubildende Anna Brömmel ihre Abschlussprüfung am Studieninstitut in Münster mit „gut“ bestanden habe. Sie werde von der Gemeinde Rosendahl in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen und im Fachbereich II – Finanzen – zur Verstärkung der Finanzbuchhaltung eingesetzt.

6.10 Ausschreibung einer Auszubildendenstelle für 2009

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass er vorhabe, nach den Sommerferien auch für das kommende Jahr eine Auszubildendenstelle für die Verwaltung (Verwaltungsfachangestellte/r) zum 1. August 2009 auszuschreiben. Er fragte nach, ob dieses Vorhaben auch von den Fraktionen mitgetragen würde und bat diese um kurzfristige Rückmeldung, falls die Ausschreibung nicht deren Zustimmung finden sollte. Von den Fraktionsvorsitzenden wurde eine entsprechende Zustimmung signalisiert.

6.11 3-Jahres-Bericht für SGB II-Leistungen

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass vom Kreis Coesfeld ein 3-Jahres-Bericht für SGB II-Leistungen erstellt werde und fragte nach, ob Interesse an entsprechenden Ausfertigungen bestünde.

Es wurde vereinbart, dass jeder Fraktion entsprechend ihrer Fraktionsstärke einige

Exemplare zur Verfügung gestellt werden.

7 Anfragen der Ratsmitglieder gemäß § 17 Abs. 2 Gescho

7.1 Erwägungen zur Einrichtung einer Gesamtschule - Herr Neumann

Ratsmitglied Neumann wies darauf hin, dass nicht nur die zuvor erwähnte Internetpräsentation der geplanten Verbundschule der Gemeinde Everswinkel (<http://www.verbundschule-everswinkel.de>) empfohlen werden sollte, sondern auch ein Hinweis auf das Konzept einer Gesamtschule.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass ihm zurzeit keine Neuerrichtungen von Gesamtschulen bekannt seien.

7.2 Markierungsarbeiten am Darfelder Markt in Darfeld - Herr Schröder

Ratsmitglied Schröder fragte nach, wann mit der Durchführung der Markierungsarbeiten im Kreuzungsbereich Darfelder Markt gerechnet werden könne.

Bürgermeister Niehues erläuterte, dass diese Arbeiten im Zuge ähnlicher Arbeiten durch den Landesbetrieb Straßen.NRW im Auftrag der Gemeinde durchgeführt werden sollten. Wenn aber mit einer zeitnahen Erledigung nicht mehr gerechnet werden könne, sei beabsichtigt, dass die Gemeinde selbst einen entsprechenden Auftrag an eine Fachfirma erteile.

7.3 Aufstellung von Altbatteriesammelkästen - Herr Kuhl

Ratsmitglied Kuhl erkundigte sich, wann mit der Aufstellung von Altbatteriesammelkästen zu rechnen sei.

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass die entsprechenden Sammelkästen zwischenzeitlich geliefert worden seien und eine Aufstellung durch den Bauhof veranlasst sei.

7.4 Pflasterarbeiten am Feuerwehrgerätehaus in Osterwick - Herr Kuhl

Ratsmitglied Kuhl erinnerte daran, dass im Bereich der Zufahrt zum DRK-Gebäude

und Parkplatz hinter dem Osterwicker Feuerwehrgerätehaus Pflasterarbeiten durchgeführt werden sollten, um die Zu- und Abfahrt der Fahrzeuge neben dem Gerätehaus zu verbessern.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass ein Gespräch mit dem Löschzug Osterwick vorgesehen sei, um diese Angelegenheit zu besprechen und mögliche Eigenleistungen des Löschzuges abzuklären. Anschließend werde die Maßnahme zeitnah umgesetzt.

8 Einwohner-Fragestunde gemäß § 18 Abs. 1 GeschO

8.1 Übernahme von Mahlzeit-Partnerschaften durch die Fraktionen - Herr Strahl

Herr Strahl regte beziehend auf TOP 6.2 an, dass die Fraktionen prüfen sollten, ob sie Partnerschaften im Rahmen des Projektes „Kein Kind ohne Mahlzeit“ übernehmen könnten.

Anschließend wurde eine Sitzungspause von 22.45 Uhr bis 22.55 Uhr eingelegt.

Niehues
Bürgermeister

Dorothea Roters
Schriftführerin